

Gesamtinhaltsübersicht

Vorwort	19
Abkürzungen	23
I. Einleitung	27
1. Begriffsklärung	28
2. Verhältnis von Restschuldbefreiung und Insolvenzverfahren	29
3. Juristische Personen/Gesellschaften	29
4. Entschuldungssystem durch die Insolvenzordnung	30
II. Sondervorschriften des Verbraucherinsolvenzverfahren ...	33
1. Verhältnis des Verbraucherinsolvenzverfahrens zu den anderen Regelungen der Insolvenzordnung	34
2. Außergerichtliches Verfahren	35
3. Gerichtliches Schuldenbereinigungsplanverfahren	35
III. Überblick über den Verfahrensablauf	37
1. Vorstufe außergerichtlicher Einigungsversuch	38
2. Eigen- und Fremdantrag	39
3. Verpflichtung zur Beantragung eines Insolvenzverfahrens	41
4. Unterhaltpflicht und Insolvenzantrag	42
IV. Persönlicher Anwendungsbereich	43
1. Natürliche Personen ohne selbstständige Tätigkeit	44
2. Natürliche Personen mit selbstständiger Tätigkeit	44
3. Nebenberufliche Tätigkeiten	45
4. Ehemals Selbstständige (Anzahl der Gläubiger, Forderungen aus Arbeitsverhältnissen)	46
4.1 Vermögensverhältnisse	46
4.2 Anzahl der Gläubiger	46
4.3 Forderungen aus Arbeitsverhältnissen	47
5. Der „richtige“ Insolvenzantrag	47

V. Besonderheit:	
Das außergerichtliche Einigungsverfahren	49
1. Ziel des außergerichtlichen Einigungsverfahrens	51
2. Ablauf des außergerichtlichen Einigungsverfahrens	52
2.1 Außergerichtliche Einigung	52
2.2 Fremdantrag vor einer außergerichtlichen Einigung	53
2.3 Zulässigkeitsvoraussetzungen für einen Fremdantrag	54
2.4 Nachgeholter Eigenantrag neben einem Fremdantrag	55
3. Vorbereitung des außergerichtlichen Einigungsverfahrens	58
3.1 Aufarbeitung der Vermögens- und Verschuldenssituation	58
3.2 Auskunftsanspruch gegen die Gläubiger	59
3.3 Unterstützung des Schuldners im außergerichtlichen Verfahren durch eine geeignete Person oder Stelle	60
3.4 Bescheinigungen ohne tatsächliche Beratung („isolierte Abschlussbescheinigungen“)	61
3.5 Software- und Internetangebote	62
3.6 Rechtsanwälte, Steuerberater und Notare	62
3.7 Anerkannte Schuldnerberatungsstellen	63
3.8 Beratungshilfe	64
3.9 Rechtsschutzversicherungen	64
3.10 Anwaltskosten	65
3.11 Rückforderung von Beratungskosten	65
4. Erstellung eines Schuldenbereinigungsplans	66
5. Wirkung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans	66
6. Inhalt des Schuldenbereinigungsplans	67
6.1 Frei vereinbarer Inhalt des Schuldenbereinigungsplans	67
6.2 Orientierungshilfe: Musterschuldenbereinigungsplan	69
6.3 Schuldenbereinigungsplan als Neuregelung für die Schulden	69
6.4 Leistungsfähigkeit des Schuldners	70
6.5 Kraftfahrzeugkosten	70
6.6 Keine schematischen Quoten für die Gläubiger	70

7. Grundtypen von Schuldenbereinigungsplänen	71
7.1 Überblick	71
7.2 Pläne mit Einmalzahlungen	72
7.3 Pläne mit festen Raten	72
7.4 Flexible Pläne	72
8. Laufzeit des Plans	73
9. Überwachung des Plans	73
10. Anpassungsklauseln	74
11. Pläne bei geringen Einkünften (Pfändungsfreigrenzen und Existenzsicherung)	75
11.1 Einkünfte unterhalb der Pfändungsfreigrenzen	75
11.2 Existenzsicherung nach SGB II und Null-Pläne	76
11.3 Sonstige Leistungsangebote mittelloser Schuldner	76
12. Wiederauflebensklauseln	77
13. Streitige Forderungen	78
14. Geldstrafen	79
15. Rückständige Steuern und Gebühren	79
16. Übersendung des Plans und der Unterlagen an die Gläubiger	81
17. Erklärungen der Gläubiger (Zustimmung, Schweigen, Stimmzettel)	82
17.1 Zustimmung der Gläubiger	82
17.2 Ablehnung durch Schweigen	82
17.3 Auslegung einer Gläubigerantwort	82
17.4 Stimmzettel	83
17.5 Stellungnahmen der Gläubiger unter Abänderung des Angebots	83
18. Zwangsvollstreckungen während der Planverhandlungen	84
19. Zustandekommen des Plans und die Wirkungen	84
20. Bestehende Sicherheiten für die Forderungen der Gläubiger	85
21. Scheitern des vereinbarten Plans	88
22. Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs	89
23. „Vergessene“ Gläubiger	90

VI. Abschlussbescheinigung und Antrag auf Insolvenzeröffnung	91
1. Antrag des Schuldners	92
2. Form und Frist des Verbraucherinsolvenzantrags	92
2.1 Formular Verbraucherinsolvenzantrag	92
2.2 Frist für den Verbraucherinsolvenzantrag	94
3. Antrag auf Restschuldbefreiung	95
4. Abtretungserklärung	96
4.1 Funktion der Abtretungserklärung	96
4.2 Pfändbare Dienstbezüge	98
4.3 Eigengeld von Strafgefangenen	98
4.4 Sozialhilfe, Kindergeld, Sparzulagen	99
4.5 Steuererstattungen	99
4.6 Abfindungen	99
4.7 Vorgehende Abtretungen	100
4.8 Abtretungsverbote	100
4.9 Unterhalt	100
4.10 Erhöhung des Pfändungsfreibetrages	100
5. Vermögensübersicht	101
5.1 Übersicht gemäß Anlage 4 des amtlichen Vordrucks	101
5.2 Kleine Barbeträge	102
5.3 Wertangaben zu Versicherungen und Fahrzeugen	102
5.4 Grundeigentum	103
5.5 Gesellschafts- und Genossenschaftsanteile	103
5.6 Mietsicherheiten	103
6. Vermögensverzeichnis	104
7. Gläubiger- und Forderungsverzeichnis	104
8. Gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan	106
9. Unvollständige oder fehlende Unterlagen	109
VII. Gerichtliches Schuldenbereinigungsplanverfahren	111
1. Besonderheit gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren ...	112
2. Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungs- planverfahrens	113
3. Einstellung der Zwangsvollstreckung	115
4. Vermögensauskunft	115

5. Zustellung des Schuldenbereinigungsplans an die Gläubiger	117
5.1 Zustellung	117
5.2 Schweigen und Widerspruch der Gläubiger	117
5.3 Neuer Schuldenbereinigungsplan	118
6. Annahme des Schuldenbereinigungsplans	118
7. Ersetzung der Zustimmung widersprechender Gläubiger	120
VIII. Fortsetzung des Verfahrens über den Eröffnungsantrag	125
1. Absehen von der Durchführung oder Erfolglosigkeit des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans	126
2. Voraussetzungen der Eröffnung	126
2.1 Zahlungsunfähigkeit	126
2.2 Drohende Zahlungsunfähigkeit	129
3. Kostendeckung und Abweisung mangels Masse	129
3.1 Grundsatz der Kostendeckung	129
3.2 Schuldnerverzeichnis	130
3.3 Löschung von Eintragungen im Schuldnerverzeichnis und im Vermögensverzeichnis	131
3.4 Auswertung von Schuldnerdaten durch Auskunfteien (SCHUFA, Creditreform etc.)	132
3.5 Internetbekanntmachungen	133
4. Zugang zum Verfahren für mittellose Schuldner durch Verfahrenskostenstundung	135
4.1 Hintergrund der Verfahrenskostenstundung	135
4.2 Wirkung der Stundung	136
4.3 Unterhaltsansprüche gegen Ehegatten	138
4.4 Wahl der Steuerklasse	139
4.5 Antrag auf Verfahrenskostenstundung	139
4.6 Ausschluss und Versagung der Verfahrenskostenstundung	139
4.7 Erwerbsobligenheiten im Rahmen der Verfahrenskostenstundung	143
4.8 Entscheidung des Gerichts über den Stundungsantrag ...	144
4.9 Aufhebung der Verfahrenskostenstundung	145
4.10 Rückzahlung der gestundeten Kosten	146

IX. Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens	147
1. Eröffnetes Verbraucherinsolvenzverfahren	150
1.1 Eröffnung des Verfahrens	150
1.2 Schriftliches Verfahren	152
1.3 Einzelvollstreckungen	153
1.4 Kontopfändungen vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	154
1.5 Neugläubiger	155
1.6 Unterhaltsgläubiger	156
1.7 Forderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen	158
1.8 Geldstrafen und Geldbußen	158
2. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten des Schuldners ...	161
2.1 Auskunftspflicht	161
2.2 Aktive Auskunftspflicht	162
2.3 Auskunftspflicht und berufliche Schweigepflichten	163
2.4 Mitwirkungspflichten	163
2.5 Mitarbeitspflichten	163
3. Vertretung des Schuldners durch geeignete Personen und Stellen	164
4. Zweitanträge während des eröffneten Verfahrens	165
5. Aufgaben des Insolvenzverwalters	167
5.1 Forderungsprüfung	167
5.2 Entscheidung über Verträge	168
5.3 Energielieferungsverträge	169
5.4 Wohnungsmietverträge	169
5.5 Mitgliedschaften in Wohnungsgenossenschaften	172
5.6 Steuererklärungen	173
5.7 Kraftfahrzeugsteuer	174
5.8 Aufsicht durch das Insolvenzgericht	175
5.9 Vergütung des Insolvenzverwalters	176

6.	Insolvenzmasse	176
6.1	Vom Insolvenzbeschlag erfasste Insolvenzmasse	176
6.2	Erbschaften	177
6.3	Sonstiges Vermögen	178
6.4	Sachen mit Eigentumsvorbehalt und Aussonderung	180
6.5	Arbeitseinkommen	181
6.6	Berücksichtigung von Unterhaltsberechtigten mit eigenen Einkünften	183
6.7	Berücksichtigung faktischer Unterhaltsleistungen	184
6.8	Abtretung von Lohn- und Gehaltsansprüchen	184
6.9	Freigabe von Gegenständen	187
7.	P-Konto in der Insolvenz	187
8.	Gegenstände mit Sicherungsrechten	188
8.1	Allgemeines zu Sicherungsrechten	188
8.2	Aussonderung und Aussonderung aufgrund von Sicherungsrechten – Grundsatz	189
8.3	Beispiel: Sicherungsübereignung, Sicherungsabtretung ...	190
8.4	Beispiel: Pfandrechte	191
9.	Unterbrechung anhängiger Rechtsstreitigkeiten	192
10.	Anfechtungsrecht im Verbraucherinsolvenzverfahren ...	192
10.1	Überblick	192
10.2	Vorsatzanfechtung	195
10.3	Anfechtungen bei Vollstreckungen, inkongruente Deckungen	200
10.4	Unentgeltliche Leistungen und Schenkungen	201
10.5	Bargeschäfte	201
11.	Forderungsanmeldung	202
11.1	Insolvenzgläubiger	202
11.2	Insolvenzgläubiger mit Sicherungsrechten	203
11.3	Nicht anmeldefähige Forderungen	205
11.4	Unterlagen für die Anmeldung	205
11.5	Anmeldefrist	206
11.6	Nachrangige Forderungen	207
11.7	Verjährungshemmung bei Anmeldung	207

12. Forderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen und gleichgestellte privilegierte Forderungen	208
12.1 Vorsätzlich begangene unerlaubte Handlungen	208
12.2 Verbindlichkeiten aus Steuerschuldverhältnissen und Geldstrafen	209
12.3 Nicht gewährter Unterhalt	210
12.4 Anmeldung ausgenommener Forderungen	211
13. Masseverbindlichkeiten	214
14. Forderungsprüfung und Eintragung in die Insolvenztabelle	215
15. Aufrechnung im Verbraucherinsolvenzverfahren	219
16. Insolvenzplan im Verbraucherinsolvenzverfahren	220
16.1 Überblick	220
16.2 Vorlage des Insolvenzplans	223
16.3 Aufbau des Insolvenzplans	223
16.4 Vorlage des Insolvenzplans an das Gericht	225
16.5 Erörterungs- und Abstimmungstermin	226
16.6 Bestätigung des Plans und Aufhebung des Verfahrens ...	227
17. Einstellung des eröffneten Insolvenzverfahrens	227
18. Verteilungsverfahren und Aufhebung des Verfahrens ...	229
X. Restschuldbefreiung	231
1. Grundlagen der Restschuldbefreiung	232
2. Redlichkeitsprüfung	237
3. Antrag auf Erteilung von Restschuldbefreiung	239
4. Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und Restschuldbefreiungsantrag	240
5. Fremdantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und Restschuldbefreiungsantrag	240
6. Weitere Erklärungen zum Restschuldbefreiungsantrag ...	241

7. Eingangsentscheidung, § 287a InsO	242
7.1 Struktur zur Eingangsentscheidung	242
7.2 Sperrfristfälle	245
7.3 Alte Sperrfristfälle	248
7.4 Verfahrenskostenstundung bei offenkundigen Versagungsgründen	250
7.5 Gerichtliche Entscheidung	251
XI. Versagung der Restschuldbefreiung nach § 290 InsO	253
1. Grundlagen für die Versagung der Restschuldbefreiung nach § 290 InsO	254
2. Versagung wegen Straftaten, § 290 Abs. 1 Nr. 1 InsO	255
3. Versagung wegen unzutreffender Angaben, § 290 Abs. 1 Nr. 2 InsO	257
3.1 Unzutreffende Angaben	257
3.2 Falsche Angaben zur Krediterlangung	258
3.3 Falsche Angaben zur Vermeidung von öffentlichen Leistungspflichten	259
3.4 Falsche Angaben zwecks Leistungsbezugs	259
3.5 Art und Weise der Angaben, Pflicht zur Berichtigung von Angaben	259
3.6 Verschulden	261
4. Gläubigerbenachteiligung und unangemessenes Wirtschaften, § 290 Abs. 1 Nr. 4 InsO	262
4.1 Ziel der Regelung	262
4.2 Unangemessenes Wirtschaften	262
4.3 Vermögensverschwendung	264
4.4 Verzögerung des Insolvenzverfahrens	266
4.5 Benachteiligung der Gläubiger	266
4.6 Verschulden	267
5. Verletzung von Auskunfts- und Mitwirkungspflichten, § 290 Abs. 1 Nr. 5 InsO	267
6. Unvollständige oder unrichtige Angaben in den Verzeichnissen und zu Sperrfristen, § 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO	271
7. Verletzung der Erwerbsobliegenheit im Insolvenz- verfahren, § 290 Abs. 1 Nr. 7 InsO i. V. m. § 287b InsO ...	273

8. Grundsatz der Gläubigerautonomie im Versagungsverfahren	275
9. Anforderungen an einen Versagungsantrag	276
9.1 Antragsberechtigung	276
9.2 Glaubhaftmachung eines Versagungsgrundes	278
9.3 Antragszeitpunkt	280
9.4 Gerichtliche Entscheidung	280
10. Übergang in die Wohlverhaltensperiode	281
11. Restschuldbefreiung bei Einstellung des Insolvenzverfahrens wegen Masselosigkeit oder Masseunzulänglichkeit	282
XII. Wohlverhaltensperiode	283
1. Begriff der Wohlverhaltensperiode	285
2. Aufgaben des Treuhänders in der Wohlverhaltensperiode	286
2.1 Bestellung des Treuhänders	286
2.2 Einziehung und Verteilung der pfändbaren Bezüge	286
2.3 Überwachung des Schuldners	288
2.4 Vergütung	289
3. Gläubigergleichbehandlungsgebot in der Wohlverhaltensperiode, § 294 InsO	289
4. Obliegenheiten des Schuldners nach § 295 Abs. 1 InsO ...	292
4.1 Obliegenheiten	292
4.2 Erwerbsobliegenheit im insolvenzrechtlichen Sinn, § 295 Abs. 1 Nr. 1 InsO	293
4.3 Grenzen der Zumutbarkeit aus verfassungsrechtlichen Gründen	295
4.4 Grenzen der Zumutbarkeit aus allgemeinen Rechtsvorschriften	295
4.5 Grenzen der Zumutbarkeit aus persönlichen Gründen ...	296
4.6 Aus- und Fortbildungen, Tätigkeiten mit geringem Einkommen	297
4.7 Einschränkungen aufgrund Alters oder Krankheit	298
4.8 Maßstab Qualifikation und Vorbildung	298
4.9 Beschäftigungen in Familienbetrieben	299
4.10 Vollzeitbeschäftigungsgesetz	299

4.11 Steuerklassenwahl	299
4.12 Obliegenheit bei Arbeitsplatzverlust	300
4.13 Anforderung an Bemühungen um eine Beschäftigung ...	302
5. Herauszugebender Vermögenserwerb, § 295 Abs. 1 Nr. 2 InsO	303
5.1 Herausgabepflichtiges Vermögen	303
5.2 Inhalt der Herausgabepflicht	305
5.3 Ausschlagung einer Erbschaft	306
6. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten, § 295 Abs. 1 Nr. 3 InsO	307
7. Zahlungen an den Treuhänder und Verbot zur Ver- schaffung von Sondervorteilen, § 295 Abs. 1 Nr. 4 InsO ...	309
8. Obliegenheiten bei selbstständiger Tätigkeit nach § 295 Abs. 2 InsO	310
8.1 Selbstständige Abführungspflicht	310
8.2 Vergleichsmaßstab „angemessenes Dienstverhältnis“ ...	311
8.3 Zeitrahmen für die Abführung der Beträge	312
8.4 Nichterreichbarkeit der geschuldeten Beträge	313
9. Anträge auf Versagung der Restschuldbefreiung in der Wohlverhaltensperiode, § 296 InsO	314
9.1 Anforderungen an Versagungsanträge	314
9.2 Antragsberechtigte Gläubiger	314
9.3 Zulässigkeitsvoraussetzungen für Anträge	315
9.4 Entzug der Verfahrenskostenstundung wegen Obliegen- heitsverletzungen	316
9.5 Frist für den Versagungsantrag	317
9.6 Beeinträchtigung der Befriedigung der Gläubiger	318
9.7 Verschulden	319
10. Versagungsgrund Verletzung der Verfahrensobliegen- heiten	320
11. Entscheidung über die Versagung	322
12. Versagung wegen Insolvenzstraftaten, § 297 InsO	323
13. Nachträglich bekannt gewordene Versagungsgründe, § 297a InsO	323

14. Versagung wegen Nichtdeckung der Mindestvergütung des Treuhänders, § 298 InsO	325
15. Erteilung der Restschuldbefreiung, flexibles System	326
15.1 Überblick	326
15.2 Sofortige Erteilung der Restschuldbefreiung, § 300 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 InsO	327
15.3 Erteilung der Restschuldbefreiung nach 3 Jahren, § 300 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 InsO	328
15.4 Erteilung der Restschuldbefreiung nach 5 Jahren, § 300 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 InsO	332
15.5 Erteilung der Restschuldbefreiung nach 6 Jahren, § 300 Abs. 1 Satz 1 InsO	333
16. Asymmetrische Verfahren, § 300a InsO	333
XIII. Wirkung der Restschuldbefreiung	335
1. Keine Durchsetzbarkeit der Forderungen	336
2. Wirkungen für Sicherheiten	336
3. Wirkung gegenüber allen Insolvenzgläubigern	337
4. Wirkung für Unterhaltsschulden	337
5. Von der Restschuldbefreiung ausgenommene Forderungen	338
6. Widerruf der Restschuldbefreiung, § 303 InsO	340
XIV. Arbeitshilfen	343
Arbeitshilfen 1 bis 17	344
1.1 Arbeitshilfe 3: Muster Anpassungsklausel	352
Literaturverzeichnis	391
Stichwortverzeichnis	395